

„Traumapatienten im Stich gelassen“

Förderstopp: Die Landesfachstelle für „Trauma und Leben im Alter“ muss ihre Tätigkeit einstellen. Die Geschichte einer 96-Jährigen zeigt, wie wichtig die Arbeit für die Seniorin und ihre Familie ist

Von Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Bielefeld.** Die Landesfachstelle „Trauma und Leben im Alter“ mit Sitz in Bielefeld und Köln muss ihre Arbeit einstellen – nach nur 16 Monaten. Mit dem Jahreswechsel ist die Projektförderung ausgelaufen und bislang fördert die Landesregierung nicht weiter. Dagegen regt sich landesweit Widerstand. Die Geschichte von Anna Dolata aus Rheda-Wiedenbrück zeigt, wie wichtig die Unterstützung für Traumapatienten, ihre Angehörigen und Pflegekräfte ist.

Liebevoll kümmern sich Theresia Kuknat und Jürgen Dolata um ihre 96 Jahre alte Mutter Anna Dolata, die an den Folgen von Traumata leidet. „Als 19-Jährige inhaftierte die Gestapo unsere Mutter, weil sie sich in einen polnischen Kriegsgefangenen verliebt hatte“, erklärt Theresia Kuknat. In der Haft erfährt die Frau, dass ihr Partner von den Nationalsozialisten ermordet wurde.

Nach sechs Monaten Haft deportieren die Nationalsozialisten die junge Frau ins Konzentrationslager Ravensbrück. Vier Jahre ist Anna Dolata interniert. Todesangst, Hunger, Willkür und Gewalt bestimmen ihr Leben. „Kurz vor der Befreiung durch die Rote Armee ließen die Nationalsozialisten unsere Mutter frei und drückten ihr eine Fahrkarte für die Heimfahrt mit den Worten ‚Deine Zeit ist noch nicht abgelaufen‘ in die Hand.“ Zurück im Rheinland trifft sie im Luftschutzbunker auf ihre Eltern und Geschwister.

Doch auch nach dem Krieg erlebt Anna Dolata weitere Schicksalsschläge – ihre ersten beiden Kinder sterben. „Das hat sie sehr belastet, weil sie sich Vorwürfe gemacht hat“, erklärt Jürgen Dolata. „Auch der Verlust ihres ermordeten Partners löste bei ihr große Schuldgefühle aus.“

Theresia Kuknat und Jürgen Dolata erfahren als Jugendliche von den Erlebnissen: „Das Wissen ist auch für uns eine große Belastung, hilft uns aber auch dabei, ihr Verhalten besser zu verstehen.“

Heute erinnert sich Anna Dolata nicht mehr an die schrecklichen Erlebnisse. Sie leidet an Demenz, hört und sieht sehr schlecht und ist auf den Rollstuhl angewiesen. „Doch die Auswirkungen der Traumata spürt sie körperlich“, erklärt Jürgen Dolata. Sie ist extrem nervös und unruhig und ruft ständig laut ‚Hallo‘. Nur, wenn sie direkt an-



Bedauern das Aus der Landesfachstelle: Theresia Kuknat und Jürgen Dolata mit ihrer Mutter Anna Dolata am Eingang des Altenwohnheims St. Aegidius in Rheda-Wiedenbrück. FOTO: NIEDER-ENTGELMEIER

Reaktion der Landesregierung

◆ Mit dem Jahreswechsel ist die Finanzierung der Landesfachstelle „Trauma und Leben im Alter“ vom NRW-Gesundheitsministerium ausgelaufen. Seitdem können Leiterin Anke Lesner und ihre Kollegen keine Anfragen mehr annehmen.

◆ Das Ministerium erklärt dazu, dass die Vielzahl von Beratungsstellen für Senioren und ihre Angehörigen derzeit auf Erreichbarkeit und Qualität überprüft wird. Demnach sollen auch die Erkenntnisse der Landesfachstelle in die

Prüfung einfließen. Zudem soll den Akteuren Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden, um den neuen Landesförderplan Alter und Pflege entwickeln zu können.

◆ Auf Anraten des Gesundheitsministeriums hat sich Lesner auch an das Heimatministerium in NRW gewandt, allerdings ohne Erfolg. „Vier Monate nach mehreren Kontaktversuchen habe ich erfahren, dass auch in dem neuen Ministerium kein Budget zur Verfügung steht“, sagt sie.



Unterstützt Traumapatienten: Anke Lesner. FOTO: LFS

gesprochen oder berührt wird, hört sie damit auf. „Zudem glaube ich, dass unsere Mutter sehr einsam ist, auch inmitten von Menschen, weil ihre gesundheitlichen Einschränkungen soziale Kontakte fast unmöglich machen.“

Seit 2013 lebt Anna Dolata im Altenwohnheim St. Aegidius in Rheda-Wiedenbrück und seit 2017 wird die Familie von der Landesfachstelle „Trauma und Leben im Alter“ unterstützt. Leiterin Anke Lesner betreut die Familie trotz Finanzierungsstopp weiter, weil die Caritas-Stiftung als Förderer für die bereits bestehenden Treffen mit Betroffenen eingesprungen ist. „Wir sind sehr dankbar für die Treffen mit einer Expertin wie Anke Lesner, weil sie sehr bereichernd sind und uns unglaublich entlasten“, sagt Jürgen Dolata. „Durch die Expertise verstehen wir unsere Mutter besser und wissen, wie wir uns verhalten können, um ihr das Leben zu erleichtern.“ Deshalb bedauert die Familie sehr, dass andere Betroffene nicht mehr die Chance auf Hilfe haben. „Damit lässt die Politik eine Generation im Stich, die Widerstand geleistet und dieses Land wieder aufgebaut hat.“

»Kostenneutrale Fortbildungen für Pflegekräfte«

Von der Expertise haben auch Pflegekräfte profitiert. „Mit der Landesfachstelle hatten Einrichtungen für Senioren einen kompetenten Ansprechpartner und die Möglichkeit, Mitarbeiter kostenneutral fortzubilden zu lassen, um den sensiblen Umgang mit traumatisierten Senioren zu lernen“, erklärt die Leiterin der Tagespflege im gerontopsychiatrischen Zentrum im Evangelischen Klinikum Bethel, Birgit Vogl. „Ich bedauere sehr, dass das großartige Angebot nicht fortgeführt wird, weil der Bedarf steigt.“ Das bestätigt auch die Koordinatorin des ambulanten Palliativnetzes im Kreis Minden-Lübbecke, Daniela Möller-Peck: „Die Landesfachstelle war auch Impulsgeber, weil das Thema dank der Arbeit endlich publik wurde.“

Auch der Bielefelder Seniorenrat fordert eine Fortführung. Nach Angaben des Vorsitzenden Wolfgang Aubke steht zu befürchten, dass der bisherige Aufwand von 400.000 Euro ohne Aussicht auf Nachhaltigkeit als Fehlinvestition zu verbuchen ist.

Affäre Wendt sorgt für neue Aufregung

Landtag: Die Opposition will Akteneinsicht erzwingen – notfalls per Untersuchungsausschuss

Von Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Das Ausmaß des Skandals um den Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Rainer Wendt, wird immer größer. Elf Jahre lang hat Wendt ohne Rechtsgrundlage ein Polizistengehalt vom Land NRW bezogen, obwohl er gar nicht gearbeitet hat. Dies ist eines der Ergebnisse des Verwaltungsermittlungsverfahrens, mit dem das NRW-Innenministerium die Umstände der jahrzehntelangen Dienstbefreiung des Polizeigewerkschafters untersuchen ließ. Innenminister Herbert Reul (CDU) informierte den Innenausschuss des Landtags über das Ergebnis.

Rechtswidrig waren demnach auch zwei Regelbeurteilungen von Wendt, in denen eine Arbeit beurteilt worden sei, die Wendt gar nicht verrichtet habe, sowie eine Beförderung im Jahr 2010 auf eine A-12-Stelle beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg. Vor allem diese Beförderung und die zweite rechtswidrige Beurteilung aus dem Jahr 2011 haben es in sich. Sie erfolgten, als der heutige Staatssekretär im Innenministerium, Jürgen Matthies, Chef des LZPD war. Die Ermittler allerdings sehen die Verantwortung für die vielen Versäumnisse in der Causa Wendt eher beim Innenministerium.

Bei der Summe der Gehaltszahlungen, die Wendt rechts-

widrig kassiert hat, dürfte es sich um einen deutlichen sechsstelligen Betrag handeln. Der Rechtslage hätte es entsprochen, wenn Wendt für seine Gewerkschaftsarbeit ohne Bezüge beurlaubt gewesen wäre. Wendt übrigens hat sich geweigert, den Verwaltungsermittlern Rede und Antwort zu stehen. Er wolle keine Stellungnahme abgeben. Wendt ist bis heute Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Allerdings kommen die Verwaltungsermittler auch zu dem Ergebnis, dass ein Regressverfahren gegen Wendt nicht in Betracht komme. Mit Rückzahlungsforderungen muss er also nicht rechnen.

◆ Den Abgeordneten liegt der Ermittlungsbericht bislang nicht vor – aus Personenschutzgründen, wie Minister Reul erläuterte. Die Grünen wollen die Offenlegung des Berichts nun möglicherweise durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erzwingen.



Polizeigewerkschaftschef: Rainer Wendt. FOTO: DPA

Erste Daten zur Gartenschau

■ **Höxter (sf).** Die Stadt Höxter setzt alles daran, die Landesgartenschau 2023 zu bekommen. Jetzt legte sie eine Machbarkeitsstudie vor. Die sieht ein Besucherpotenzial zwischen mindestens 340.000 und höchstens 500.000 Menschen. Höxter will 10,4 Millionen Euro in Baumaßnahmen für die Schau investieren, wovon das Land einen Großteil bestreiten würde. Das

Gartenschau Gelände soll sich entlang einer Achse zwischen Weser, historischer Altstadt und Weltkulturerbe Corvey erstrecken. Laut Studie würden 400.000 Besucher (realistische Schätzung) 4,3 Millionen Euro Eintrittsgelder bringen. Hinzu kämen noch etwa 34 Euro, die jeder Besucher zusätzlich in der Kommune ausgibt. Am 2. Mai reist die Bewertungskommission des Landes nach Höxter.

Blutiger Angriff mit Fleischerbeil

■ **Detmold (ero).** Mit einem Fleischerbeil hat ein 49-Jähriger im November in Detmold nach einem gemächlichen Abend seine Gastgeber attackiert. Die überlebten den Angriff schwer verletzt. Jetzt muss sich der Täter vor Gericht verantworten. Dort schilderte der Syrer, dass es bei dem Streit um 12.000 Euro gegangen sei, die aus Syrien über den Libanon nach Deutschland transferiert

werden sollten. Die Gastgeber (23 und 41 Jahre alt) hätten ihn um die Summe betrügen wollen, da habe er zugeschlagen. Er habe sie aber nicht töten wollen und nur mit der stumpfen Seite zugeschlagen. Trotzdem ist er wegen versuchten Mordes, versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Die Opfer lehnten seine Entschuldigung ab.

Straftaten mit falschen Pässen beschäftigen OWL-Kommunen

Kriminalität: Fast 150.000 Fälle von Sozialleistungsbetrug registrierte die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2017.

Das liegt auch daran, dass Behörden oft nicht erkennen, dass Personen vermehrt Ausweisdokumente missbrauchen

Von Stefan Boes

■ **Bielefeld.** Eigentlich ist das Arbeitslosengeld II dazu da, Menschen ohne oder mit einem geringen Einkommen eine Grundsicherung zu bieten. 416 Euro beträgt der Regelsatz für einen Alleinstehenden im Monat. Es ist ein Existenzminimum. Es ist aber auch eine Hilfe, die viele Menschen in Anspruch nehmen, denen sie überhaupt nicht zusteht.

Wie groß das Problem ist, zeigte jetzt die Jahresbilanz der Bundesagentur für Arbeit zur „Bekämpfung von Leistungsmissbrauch“ im Sozialgesetzbuch II, das die Grundsicherung für Arbeitsuchende regelt. In der Bilanz ist von 148.524 Straf- und Bußgeldverfahren wegen Leistungs-

missbrauch die Rede. Immerhin ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (149.653).

In den Kommunen ist die Größenordnung des Problems oft gar nicht bekannt. Wie hoch der finanzielle Schaden durch Urkundenfälschungen und Sozialbetrug ist, konnten Vertreter aus Bielefeld, Herford und Bünde auf Nachfrage nicht beantworten. Der Bielefelder Sozialdezernent Ingo Nürnberger teilte mit, dass bei Hartz-IV-Anträgen keine Erkenntnisse über Dokumentenfälschung vorliegen. Er weist aber darauf hin, dass ein gefälschter Pass alleine nicht ausreicht, um Sozialleistungen zu erhalten.

Nach Aussagen des Deutschen Städtetags ist die Nut-

zung von Falsch- und Doppelidentitäten aber ein wachsendes Problem. Weist eine Person sich mit einem gefälschten Identitätsdokument aus und wird dies im Bürger- und Meldeamt nicht erkannt, heißt es in einem Schreiben des Städtetags, „kann sie mit der unrechtmäßig erhaltenen Meldebescheinigung vielfältige Rechtsbrüche begehen, unter anderem mehrfach Sozialleistungen beantragen“. Der Städtetag fordert die Länder daher auf, die Städte so schnell wie möglich mit ausreichend Prüfgeräten zur Feststellung gefälschter Identitätspapiere auszustatten. Das Dokumentenprüfgerät der Bundesdruckerei sei das einzige Gerät, das die Dokumente zuverlässig überprüfen kann.

In der Stadt Hamm werden solche Geräte seit einem Jahr genutzt. Seither werden Dokumente bei Behördengängen – wie der Beantragung von Sozialleistungen – routinemäßig mittels der Geräte überprüft. Im ersten Jahr konnte so ein finanzieller Schaden in Höhe von 1,75 Millionen Euro verhindert werden.

Die Städte Herford, Bünde und Rheda-Wiedenbrück haben sich in Hamm über die neue Technik informiert. Bünde arbeitet bereits mit einem vergleichbaren Gerät. Herford und Rheda-Wiedenbrück prüfen den Einsatz.

Neben der gestiegenen Zahl der missbräuchlichen Nutzung von Pässen beschäftigt die Bundesagentur für Arbeit seit etwa zwei Jahren das Problem

des organisierten Sozialbetrugs. Die Betrüger sind häufig bandenmäßig organisiert.

Mit falschen Versprechen locken sie Menschen, häufig aus osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien, nach Deutschland, stellen ihnen einen Scheinarbeitsvertrag aus, mit dem sie ein nicht ausreichendes Einkommen erzielen. Als EU-Bürger haben sie Anspruch auf aufstockende Hilfen. Diese Hilfen fließen dann aber zu großen Teilen in die Taschen derjenigen, die den Leistungsbetrug organisieren, indem sie etwa die Scheinarbeitsverträge ausstellen oder die Papiere für die Anträge beim Jobcenter ausfüllen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist dieses Problem in OWL aber kaum verbreitet.

PERSÖNLICH



Christian Lindner (39), FDP-Chef, und seine Frau Dagmar Rosenfeld (43) sind nicht mehr zusammen. „Das Paar hat sich bereits vor geraumer Zeit freundschaftlich getrennt“, erklärte Anwalt Christian Schertz. Lindner und Rosenfeld, stellvertretende Chefredakteurin der Welt, hatten 2011 geheiratet. Lindner wollte sich nicht zu der Trennung äußern. FOTO: DPA



Christian Wulff (58), früherer Bundespräsident, hat bei einem Besuch im Gymnasium St. Xaver in Bad Driburg seine Botschaft zum Islam wiederholt. Er sagte: „Bei vier Millionen Muslimen in Deutschland ist auch der Islam Teil der deutschen Gegenwart.“ Wulff plädierte für ein weltoffenes Deutschland in einem weltoffenen Europa. FOTO: DPA